



Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Bad Homburg v.d.Höhe

An die lokale Tagespresse

Verantwortlich:

Elke Barth

Vorsitzende

SPD Ortsverein Bad Homburg

Tel. 0179 55 080 20

Bad Homburg, 09. Oktober 2010

Richtigstellung

Die SPD möchte die Darstellung in der Taunuszeitung vom 9 Oktober zum Antrag „Bürgerfragestunde“ korrigieren.

SPD, Grüne und BLB hatten in der Stadtparlamentssitzung am 7. Oktober einen interfraktionellen Antrag eingebracht, der den Bad Homburger Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit eröffnen sollte, vor Beginn der Ausschusssitzungen in einer 30 min. Fragestunde Fragen auch zu Punkten der Tagesordnung zu stellen.

Die CDU wiederum hatte einen Änderungsantrag eingebracht, der auch eine 30-minütige Fragestunde vor Sitzungsbeginn der Ausschüsse vorsieht, allerdings nur zu Fragen die nicht auf der Tagesordnung stehen. Dieser Antrag wurde dann mit der Koalitionsmehrheit von CDU und FDP angenommen.

In der Zeitung wurde berichtet, der Unterschied zwischen dem CDU-Antrag und dem von SPD/GRÜNE/BLB läge darin, dass die CDU die Fragen zu Beginn der Sitzung und die Oppositionsfraktionen wollten die Bürger während der Sitzung zu Wort kommen lassen, dies ist aber falsch.

Diese Richtigstellung will die SPD nutzen um noch einmal Ihre Position zu verdeutlichen: Aus den gemachten Erfahrungen in Ortsbeirats-Sitzungen hält die SPD den CDU-Vorschlag für falsch. Dort ist nämlich genau das möglich, was die CDU nun mit ihrem Antrag durchgebracht hat. Elke Barth, die selbst 4 Jahre Mitglied im Ortsbeirat von Ober Eschbach war, weist darauf hin - gleiches hatte auch Holger Fritzel, NHU, im Parlament berichtet - dass viele Bürger frustriert sind, dass sie sich eben nicht zu Punkten auf der Tagesordnung äußern dürfen. „Meistens ist es doch, so, dass man eine Ausschusssitzung wegen eines bestimmten Punkts auf der Tagesordnung besucht. Genau zu dem darf man sich dann aber nicht äußern. Wir haben keine Angst vor den Fragen der Bürger.“

Aus Sicht der SPD wäre die Fragestunde zu Punkten der Tagesordnung ein Schritt zu mehr Bürgerbeteiligung und beugt Politikverdrossenheit vor.

„Schade dass wir die CDU nicht überzeugen konnten. Auch konnte die CDU keine Argumente gegen den Vorschlag der Oppositionsfraktionen vorbringen. In Frankfurt und Rüsselsheim dürfen die Bürger zu Punkten der Tagesordnung in den Ausschüssen sprechen, warum das in Bad Homburg nicht geht, verstehen wir nicht.“ So Elke Barth abschließend.